

Nichts ist erledigt

Die feministische Bewegung hat vieles in Gang gesetzt, auch innerhalb der Linken. Es gab rege Auseinandersetzungen, und verschiedenste Projekte wurden initiiert. An strukturellen Veränderungen ist aber wenig sichtbar, auch wenn patriarchale Herrschaftsformen ihr Gesicht verändert haben. Feministische Thesen und Kritik scheinen zwar in der Linken wahrgenommen worden zu sein, ihr Niederschlag in politische Theorie und Praxis lässt aber, von punktuellen Ansätzen abgesehen, auf sich warten. **Nichts ist erledigt, wie Maria Mies, feministische Soziologin und Aktivistin in der Anti-Globalisierungsbewegung, treffend sagt.**

SoAL/Solidarität hat sich in den letzten Monaten mit neueren feministischen Theorien auseinandergesetzt, die noch keinen breiten Eingang in linke Theorie und Praxis gefunden haben. Den Besuch von Maria Mies in Basel haben wir zum Anlass genommen, ihren Ansatz erneut und kritisch zu diskutieren.

In ihrer ab den 70er Jahren entwickelten Kritik lehnen sich Maria Mies und andere Feministinnen an Rosa Luxemburg und deren Analyse des Kapitalismus an (R.L.: „Die Akkumulation des Kapitals“). Darin wird die traditionelle marxistische Theorie dafür kritisiert, den Zusammenhang von Kapitalismus und Kolonien nicht genügend umfassend erkannt zu haben. Maria Mies erweitert diese Kritik und diagnostiziert für weitere Bereiche ähnliche Ausbeutungsverhältnisse, wie sie für die Kolonien gelten. Sie nennt dabei insbesondere die fast vorwiegend von Frauen geleistete Haus- und Familienarbeit, die Subsistenzproduktion der Menschen ausserhalb der industriell hochentwickelten Länder und die Natur. Wie Luxemburg folgert Mies, der Kapitalismus könne nicht ohne diese „Zufuhr von aussen“ funktionieren und müsse sich dazu diese Bereiche immer wieder gewaltsam neu aneignen. Aus dieser Analyse sei das auch in der Linken vertretene Ziel der „nachholenden Entwicklung“ im Wesentlichen aufzugeben.

Subsistenz statt Wachstumsglaube

Maria Mies setzt dem die „Subsistenzperspektive“ entgegen. Zur Subsistenz zählt sie alle Arbeiten und Bereiche, die von dem, was üblicherweise als Ökonomie gilt, nicht „wahrgenommen“, aber sehr wohl ausgebeutet wer-



Bologna: Fit für den Bildungsmarkt 3

Von Porto Alegre nach Florenz 4

Der neoliberale Rentenklau 5

Boykottiert Apartheid und Besatzung 6

Irak: Nicht noch ein Protektorat 7

den. Darunter fasst sie informelle Arbeitsverhältnisse, Hausarbeit, die Arbeit der Subsistenzbauern und -bäuerinnen im Süden, Kolonien im klassischen Sinn und die Natur. Subsistenzproduktion soll vor allem als Gegenbegriff zur kapitalistischen „Tauschwertproduktion“ verstanden werden. Die Subsistenz meint die Produktion des „guten Lebens“ im umfassenden Sinn. Der Begriff Subsistenz bleibt in Mies' Darstellung aber widersprüchlich und unscharf, was eine Schwierigkeit in der Vermittlung ihrer Perspektive bildet.

Ihre konkreten Forderungen sind: die Auflösung der hierarchischen Arbeitsteilung; eine neuerliche Verwurzelung der Menschen, indem sie in nicht entfremdeten Verhältnissen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse leben und arbeiten; die Rückgewinnung der Kontrolle über Land, Nahrung, Wasser und sämtliche Bereiche zur Deckung der Grundbedürfnisse; die Durchbrechung der



Frauen in Juchitán

ganzen heutigen Wirtschaftslogik, insbesondere die Fixierung des gesamten Lebens auf Wachstum und Konkurrenz. Mies stellt offen in Frage, warum z.B. in Südafrika für das reiche Europa produziert werden soll. Sie plädiert für lokale Produktion, die erst bei anfallenden Überschüssen in einen überregionalen Austausch eintritt.

Subsistenz statt Hausfrauisierung

Maria Mies stellt in der aktuellen Entwicklung die Gegentendenz zu ihren Forderungen fest. Sie beobachtet, dass die globalen Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse sich den Formen analog der Hausarbeit annähern. Dafür verwendet sie den Begriff der „Hausfrauisierung“. In flexibilisierten und deregulierten Jobs wird getan, als ob hinter der arbeitenden Person – oft Frauen – noch ein männlicher Lohnarbeiter als Ernäh-

rer stehe. Gerade aber diese Einkommen tragen oft wesentlich zur Existenz der Lebensgemeinschaften bei. Maria Mies' Radikalität jenseits von patriarchal-staatlichen Gleichstellungsbüros und regierungsamtlich verordnetem Gender Mainstreaming besticht in ihrer grundsätzlichen Systemkritik. Die Umsetzung ihrer Perspektive sieht sie als kontinuierlichen Prozess der Eigermächtigung der Menschen in der Subsistenz. Sie weist in der Diskussion aber die Auseinandersetzung über mögliche Gegengewalt des Kapitals, das in seiner Logik alle Bereiche gewaltsam zu durchdringen und die Verhältnisse wieder unter Kontrolle zu bringen versucht, als patriarchal-militaristische Fragestellung zurück. Befremdend ist auch Mies' verbale Ablehnung marxistischer Analysemethoden, die sie in ihren Polemiken auf Vulgärvarianten reduziert, obwohl sie sich selbst aber wesentlich auf marxistische Terminologie und Methodik stützt. Die daraus auch während ihrem Besuch in Basel von verschiedenen Seiten verursachten „Verwirrungen“ dürften für jüngere und neuere Interessierte wenig Anknüpfungspunkte bieten.

Patriarchat und Kapitalismus

In Mies' Analyse fehlt zudem das Patriarchat als selbständige Herrschaftsform – nicht im Sinne einer Abspaltung und Auftrennung, sondern als Antithese zum „Nebenwiderspruch-Ansatz“ –, mit seinem Komplizenverhältnis, aber eben auch seinen Widersprüchen zum Kapitalismus. Mies' Darstellung entspricht in wesentlichen Punkten eher wieder einer Gleichsetzung von Kapitalismus und Patriarchat als dem Versuch, das Zusammenwirken von beiden in ihrer historisch spezifischen Form zu erfassen, wie dies aus dem Umfeld und in Anschluss an subjekttheoretisch orientierte Feministinnen versucht wird. Gerade wenn als Perspektive die Entkoppelung von Arbeit und Entlohnung – oder in der klassischen marxistischen Terminologie die Überwindung der Lohnarbeit – gesehen wird, braucht es neben der rein antikapitalistischen auch eine anti-patriarchale Strategie. Mies verharnt damit – unter umgekehrten Vorzeichen – in derselben verkürzten Logik wie die Strategie, alle Frauen einfach in die Lohnarbeit einzubinden.

Wie sich in den Diskussionen zeigte, provozieren feministische Finger auf blinde Flecken traditionell linker Theorie und Praxis weiterhin Reizstoff. Schon lange geführte Diskussionen scheinen auf beiden Seiten noch nicht genügend Niederschlag und fruchtbare Kombinationen gefunden zu haben.

Fit für den Bildungsmarkt

Die europäischen Universitäten sollen, wenn es nach den Plänen der Regierungen und Bildungsministerien geht, für die marktwirtschaftliche Nutzung zugerichtet werden. Der neueste Vorstoss ist die sogenannte Bologna-Deklaration, gegen die sich Widerstand regt.

Die Universität Basel ist die älteste Universität der Schweiz. Sie zählt heute 7 606 Studierende, davon 47 Prozent Frauen. Jährlich werden 579 Lizenzierte und Diplome sowie 382 Dokortitel verliehen. Wunderbar. Es wird gedacht, geforscht, erfunden – alles in erhabener humanistischer Manier. Doch Achtung, es bewegt sich was im trauten Heim. Nein, nicht die StudentInnen. Das war einmal. Mao ist tot. Die Bühne ist frei. Für wen? Die Neoliberalen. Sie predigen die Freiheit, und die Studierenden jubeln ihnen zu. Auch in Basel.

Eine Revolution von oben

„Die Schweizer Universitäten verändern sich in den nächsten zehn Jahren so fundamental wie in den letzten fünfhundert Jahren zusammen“, prophezeite letztes Jahr Peter Gomez, Rektor der Hochschule St. Gallen, in einem BaZ-Artikel. Ohne Zweifel. Denn seit Ende der 90er Jahre werden nicht nur die Schweizer, sondern auch die Europäischen Hochschulen einer gewaltigen Reorganisation unterzogen. Am 19. Juni 1999 unterzeichneten in Bologna 29 europäische MinisterInnen eine Deklaration, in der zur Schaffung eines „Europas des Wissens“ aufgerufen wird. Die Grundpfeiler dieses Papiers wurden bereits am 25. Mai 1998 mit der Sorbonne-Erklärung gelegt. Ziel von „Bologna“ ist es, „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern“.

Kurz gesagt: Die Studierenden sollen nur noch lernen, was für den Arbeitsmarkt verwertbar ist. Dieses Ziel soll durch die „Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse“ erreicht werden. Bis 2010 soll in allen europäischen Ländern ein zweistufiges Studienmodell eingeführt werden: ein erster Abschluss („Bachelor“) wird nach drei Jahren möglich sein; darauf baut eine zweite Stufe auf, die nach zwei Jahren zu einem „Master“, vergleichbar dem Lizenziat oder Diplom, führen soll. Durch die Einführung der Bachelor-Stufe sollen die Studierenden möglichst schnell eine „für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene“ erreichen. Betriebswirtschaftlich bedeutet dies eine massive Produktivitätssteigerung. In kürzerer Zeit werden kostenverursachende StudentInnen zu Arbeitskräften geformt. Neben der Vereinheitlichung der Abschlüsse wird auch die Leistungsbewertung „harmonisiert“. In Zukunft müssen für jedes Seminar, für jede schriftliche Arbeit sogenannte Kreditpunkte gesammelt werden. Dadurch wird der Zugriff auf die Leistungen der Studierenden vereinfacht und der Druck erhöht.

Die Universität Basel ist vorne mit dabei. Rektor Ulrich Gäbler hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Beginn des

Wintersemesters 2003/04 das Bologna-Modell eingeführt zu haben. Damit wäre Basel hinter St.Gallen auf Platz zwei bei der Umsetzungsrangliste.

Selbstverwaltete Universität?

Die Bologna-Deklaration ist nur ein Puzzleteil in der momentan laufenden Gegenreform. Einen weiteren wichtigen Teil bilden die neuen Universitätsgesetze, die im Lauf der 90er Jahre in den verschiedenen Kantonen verabschiedet wurden. Ein Kernbegriff dieser Gesetzesrevisionen ist die Autonomie. Auf der Internetseite der Uni Basel wird sogar von Selbstverwaltung gesprochen: „Am 1.1.1996 wurde die Universität aus der kantonalen Verwaltung gelöst und erhielt das Recht auf Selbstverwaltung.“ Autonomie bedeutet, dass die Universitäten selber über ihren Finanzhaushalt bestimmen. Die Aufgabe des Staates ist es, einen Teil der Finanzierung zu gewährleisten. Die Kantonsparlamente sprechen auf der Grundlage eines Leistungsvertrages für eine bestimmte Zeitdauer ein Globalbudget. Wie und wo die Mittel dann genau eingesetzt werden, ist Sache der Universitätsleitung. Diese neuen Lernfabriken nach privatwirtschaftlichem Vorbild sollen sich jenseits staatlicher Bevormundung im rauen Wettbewerb des Bildungsmarktes behaupten. Effizienz und Produktivität rücken als Kriterium zunehmend ins Zentrum.

In allen neuen Universitätsgesetzen wird die Position des Rektorats gegenüber der Legislative, wo Ansätze der Mitbestimmung existieren, gestärkt. Zudem wird meist ein oberstes strategisches Organ geschaffen, in dem VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Einsitz nehmen. In Basel nennt man dieses Gremium Universitätsrat. Er legt Entwicklungsschwerpunkte in Lehre und Forschung fest, entscheidet über die Schaffung oder Schliessung von Studiengängen und macht Vorgaben über die Organisation der Lehrpläne. Neu soll die Vergabe öffentlicher Gelder auf Bundesebene nach sogenannten Leistungskriterien erfolgen. Dabei zählen die Zahl der erfolgreichen Studienabschlüsse, die Studiendauer, der Anteil eingeworbener Drittmittel, die Zahl der Publikationen und ihre Zitierhäufigkeit und Ähnliches. Die Drittmittel spielen eine besondere Rolle: Universitäten, die viele Mittel aus der

Privatwirtschaft und staatlichen Forschungsprogrammen einwerben, kriegen obendrein um so mehr Bundesbeiträge.

Das multilaterale Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Service) bildet den internationalen Rahmen, in dem sich heute sämtliche Umgestaltungen der öffentlichen Dienste bewegen. Das GATS sieht vor, dass alle Bereiche, für die mehrere Anbieter konkurrieren, liberalisiert werden müssen. Das gilt somit auch für öffentliche Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Information, Verkehr und Kommunikation. Dem Willen, Bildung zu privatisieren, liegt die Aussicht auf einen gigantischen Markt zugrunde. Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen belaufen sich laut OECD auf ca. 2000 Milliarden Dollar jährlich. Die Öffnung des Bildungssektors verspricht Abhilfe gegen sinkende Kapitalrenditen.

Die marxistische Monatszeitschrift

Internationalistisch! Engagiert!



www.inprekorr.de

Jahresabo 65.- / Einzelnummer 5.- Fr.
Bestellungen und Gratis-Probenummer:
INPREKORR, Güterstrasse 122,
4053 Basel
e-mail: soal.solidaritaet@bluemail.ch

Der Widerstand

Nicht alle jubeln den Neoliberalen zu. Es gibt auch Widerstand: international, schweizweit und an der Uni Basel. Diesen Frühling bildete sich in Basel die *Aktionsgruppe Bologna*, bestehend aus Studierenden und Assistierenden, die sich gegen die Bologna-Deklaration wehren (www.aktionsgruppe-bologna.ch). Mit der Petition unter dem Slogan *Reform muss sein, aber nicht nach Bologna* wird versucht, gegen die Deklaration zu mobilisieren. Gefordert wird der Ausstieg aus dem Bologna-Prozess und die Lancierung einer im allgemeinen Interesse stehenden Hochschulpolitik.

Auch der Verband der Schweizerischen StudentInnen-schaft (VSS) stellt sich klar gegen Bologna. In einer Stellungnahme weist er darauf hin, dass nur die Wirtschaft von dieser Reform profitiert, die zu einer Ökonomisierung der Bildung führt.

Von Porto Alegre nach Florenz

Im Anschluss an das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre findet vom 7.–10. November das Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz statt. Auch in der Schweiz laufen Vorbereitungsarbeiten.

Im brasilianischen Porto Alegre trafen sich anfangs Jahr VertreterInnen zahlreicher Länder, um die Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaft und ihrer Machtapparate zu analysieren und Alternativen zu diskutieren. Nach dem riesigen Erfolg dieses Treffens werden nun auf den einzelnen Kontinenten regionale Sozialforen abgehalten. Sie sollen das Entstehen einer breiten sozialen Bewegung fördern und können gleichzeitig als Vorbereitung auf das WSF 2003 in Porto Alegre dienen.

Im November werden am ESF in Florenz etwa 30-50 000 TeilnehmerInnen erwartet. Die Veranstaltung wird von einer offenen europäischen Arbeitsgruppe mit verschiedenen Kommissionen vorbereitet und steht unter dem Motto „Gegen Krieg und Neoliberalismus“. Der Programmwurf sieht 15 Konferenzen vor. Sie lassen sich drei Hauptthemen zuordnen, die gleichberechtigt nebeneinander stehen sollen:

1. Liberalismus: EU, Landwirtschaft, Umwelt, Osteuropa, Deregulierung, Arbeitskämpfe.
2. Kriegspolitik: Nato – USA – EU, Antimilitarismus, Konflikte (z.B. Palästina), Repression im Innern.
3. Rechte/Demokratie/Staatsangehörigkeit: Schwächen der Demokratie, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Bürgerrechte, Rassismus, Nationalismus, Migration.

Die Konferenzen, Seminare und Workshops sind für TeilnehmerInnen aus ganz Europa offen. Besonderes Augenmerk gilt dem Einbezug der Bewegungen aus Osteuropa. Ausserdem werden VertreterInnen aus Palästina und Nordafrika eingeladen. Im Gegensatz zu Porto Alegre wird es keine Sonderforen, z.B. für ParlamentarierInnen, geben.

In mehreren Ländern haben sich bereits Arbeitsgruppen gebildet, die für das Treffen mobilisieren und inhaltliche Beiträge vorbereiten. In der Schweiz fand Ende August eine Vollversammlung statt, die sich auch mit der allfälligen Gründung eines Schweizerischen Sozialforums befasste. Einzelne Gruppen wie die Erklärung von Bern, attac und das Oltner Bündnis gegen das WEF werden in den Workshops eigene Beiträge leisten.

- Die **Anmeldung für das ESF in Florenz** (7.–10. Nov. 2002) erfolgt individuell unter: www.fse-esf.org.

- **Kollektive Reise** für TeilnehmerInnen aus der Schweiz: Infos anfragen bei soal.solidaritaet@bluemail.ch

Der neoliberale Rentenklau

Der Bundesratsbeschluss für die Reduktion des Zinssatzes der Pensionskassengelder von 4 auf 3 Prozent ist nur die Spitze des Eisbergs an neoliberalem Sozialabbau in der Schweiz. Auch der Nationalrat (1. BVG-Revision) will die Renten um fast 6 Prozent kürzen. Verschlechterungen sind zudem bei der Revision der AHV und bei der Arbeitslosenversicherung geplant.

Wenn wir die Vorschläge von Bundesrat und Nationalrat zusammennehmen, dann wollen die bürgerlichen Parteien die zukünftigen Renten bis zu 20 Prozent kürzen. Bei der AHV hat der Nationalrat im Frühling beschlossen, pro Jahr 400 Millionen Franken an Renten einzusparen. Dies vor allem auf Kosten der Frauen, deren Pensionierungsalter auf 65 erhöht wird, und durch die Witwenrenten, die weitgehend gestrichen werden sollen. Einige Bürgerliche wollten das Rentenalter für Frauen und Männer sogar auf 68 Jahre erhöhen. Ebenfalls 400 Millionen jährlich wollen die bürgerlichen ParlamentarierInnen auf Kosten der Erwerbslosen sparen. Sie wollen die Bezugstage von 520 auf 400 Tage verkürzen, zudem soll die Bezugsberechtigung für Erwerbslose erst ab dem 12. Monat Erwerbsarbeit (bisher 6 Monate) möglich sein. Diese Massnahme trifft vor allem Langzeitarbeitslose.



Gemeinsam sind wir ... neoliberal!

Das Jahr 2002 droht als Jahr des neoliberalen Sozialabbaus in die Geschichte einzugehen, falls die Bürgerlichen einen massiven Leistungsabbau in verschiedenen sozialen Institutionen durchsetzen können. Es wäre die Fortsetzung des Trends von letztem Jahr, als mit saftigen Steuersenkungen für die Reichen und der sogenannten „Schuldenbremse“ die Politik der leeren Staatskassen erfolgreich durchgesetzt wurde. Dies gilt es dieses Jahr zu verhindern. Ein wichtiger Termin ist die Abstimmung im November über die Kürzungsbeschlüsse bei Erwerbslosen. Arbeitslosenkomitees haben mit halbherziger Unterstützung der Gewerkschaften erfolgreich ein Referendum gegen die Sparbeschlüsse des Parlamentes eingereicht.

Senkung des Koordinationsabzugs?

Wer heute weniger als 24 720 Franken (sogenannter Koordinationsabzug) im Jahr verdient, muss sich nicht in einer Pensionskasse versichern lassen. Das freut vor allem die Unternehmen, die damit mehr als eine Milliarde Sozialabgaben sparen. Trotzdem verbessert eine Senkung des Koordinationsabzugs, wie sie der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die SP fordern, kaum die Höhe der Altersrenten, führt aber für die Menschen mit niedrigem Einkommen zu jährlichen Lohnabzügen zwischen 2 300 und 4 000 Franken. Das ist gerade für Menschen mit kleinem Einkommen unbezahlbar. Im Alter werden die RentnerInnen mit niedrigem Einkommen anstatt Ergänzungsleistungen geringe Beträge von einer Pensionskasse erhalten. Die Senkung des Koordinationsabzugs freut nur die Kantone, die weniger Ergänzungsleistungen zahlen müssen.

Die Senkung des Abzugs führt deshalb tendenziell zu einer Mehrbelastung der niedrigen Einkommen durch höhere Lohnabzüge im erwerbstätigen Alter, aber nicht zu höheren Renten. Die Verlagerung der Altersversicherung zur privaten 2. und 3. Säule und die vom Parlament beschlossene verstärkte Finanzierung der AHV mit Mehrwertsteuerprozenten führt zum Abbau der sozialen Umverteilung der Altersrenten von Reich zu Arm und von Männern zu Frauen. Eine Verbesserung der Situation der Frauen insbesondere durch eine existenzsichernde Altersrente ist nur durch einen Ausbau der AHV möglich. Keine AHV-Rente unter 3 000 Franken!

Kein Feilschen über Sozialabbau

Statt über die Höhe des Sozialabbaus zu feilschen (wie es die SP und die Gewerkschaften jetzt tun), treten wir für einen Ausbau der sozialen Sicherheit ein. Statt um die Höhe der Rentenkürzungen bei den Pensionskassen zu pokern, plädieren wir für einen Ausbau der AHV zu einer existenzsichernden Altersversicherung, insbesondere für Frauen. Dies ist durch eine Rückführung der privaten Pensionskassen in eine öffentliche, einheitliche Altersversicherungsanstalt möglich. Das private Pensionskassensystem ist für die Ver- →

 Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung. **Nein** zum Elektrizitätsmarktgesetz.

Frauen ohne existenzsichernde Altersrente!

Die Mehrheit der Frauen in der Schweiz erhält im Alter keine existenzsichernde Altersrente. Grund dafür ist, dass die AHV (1. Säule), in der alle lohnabhängigen Frauen versichert sind, keine existenzsichernde Beiträge garantiert. Die einfache AHV-Rente beträgt maximal 2 060 Franken monatlich. Dies reicht nicht für eine eigenständige Existenz. Wem die AVH-Rente nicht fürs Leben reicht, kann heute Ergänzungsleistungen beantragen. 75 Prozent der BezügerInnen sind Frauen. Das Problem bei den Ergänzungsleistungen ist aber, dass sie beantragt und der Bedarf nachgewiesen werden muss. Das führt dazu, dass viele Menschen ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen gar nicht geltend machen. Nur jede zweite erwerbstätige Frau ist heute in einer Pensionskasse (2. Säule) versichert, weil ihr Jahreseinkommen grösser ist als 24 720 Franken (vgl. Kasten zu Koordinationsabzug). Von diesen Frauen verdienen vier Fünftel weniger als 60 000 Franken im Jahr. Die grosse Mehrheit der erwerbstätigen Frauen erhalten so nach der Pensionierung keine oder nur eine bescheidene Rente. Die 2. Säule, um die heute wegen der verschiedenen Rentenkürzungsbeschlüsse durch Bundesrat und Parlament (1. BVG-Revision) die Auseinandersetzung geführt wird, ist eine Altersversicherung hauptsächlich für die Männer.

sicherten ausgesprochen teuer. Die Rentenleistung pro Beitragsfranken ist bei den Pensionskassen nur halb so gross wie bei der AHV. Die Pensionskassen verschleudern das Alterskapital für eine absurde Konkurrenz unter privaten Kassen und für den Gewinn ihrer Aktionäre. Das sogenannte Kapitaldeckungsverfahren (individuelle Ansparung von Alterskapital) ist aufzugeben zu Gunsten des Umlageverfahrens (Erwerbstätige zahlen nach einem Generationenvertrag für die RentnerInnen). Statt mit Alterskapital die Finanzmärkte auszubauen und mit riesigen Pensionskassengeschenken Reiche zu fördern (Abgangsentschädigungen wie bei der ABB oder überobligatorische Pensionszahlungen für Kader), muss das Alterskapital für eine soziale Umverteilung zu Gunsten der Menschen mit kleinen Erwerbseinkommen umverteilt werden.

Boycottiert Apartheid und Besatzung!

Im August dieses Jahres haben 17 palästinensische NGO's einen Aufruf zum Boykott von Exportprodukten aus und Zusammenarbeit mit Israel veröffentlicht. Im Aufruf heisst es:

„Im September 2001, ein Jahr, nachdem alle internationalen Anstrengungen zur Beendigung der gewaltsamen militärischen Niederschlagung des zweiten palästinensischen Aufstands in den besetzten Gebieten der Westbank und des Gazastreifens durch Israel fehlgeschlagen sind, haben sich rund 3000 Organisationen der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt an der dritten Weltkonferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban versammelt und eine gemeinsame NGO-Erklärung sowie einen Aktionsplan veröffentlicht. Diese NGO-Erklärung benennt den Rassismus und die radikale Diskriminierung als Wurzel des Israel-Palästina-Konflikts, einschliesslich der militärischen Besatzung und der Verweigerung des Rechts auf Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen und Vertriebenen in ihre Häuser und zu ihrem Besitz. Ebenfalls in Durban riefen die VertreterInnen der 3000 Zivilorganisationen zum weltweiten Boykott und zu Sanktionen gegen Israel auf. (...) Ein Jahr nach Durban setzt Israel die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und ihrer politischen Führung fort und installiert wieder eine direkte militärische Besatzung. (...) Deshalb begrüessen wir als Mitglieder der palästinensischen Zivilgesellschaft alle Initiativen zum Boykott von Israel, welche in vielen Teilen der Welt lanciert wurden. Im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit in Palästina und weltweit rufen wir die Solidaritätsbewegung, die NGO's, akademische und kulturelle Institutionen, Unternehmungen, politische Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen auf, den umfassenden Boykott von Israel zu verstärken.

Israel boykottiert Internationales Recht und die Menschenrechte – BOYKOTTIEREN WIR ISRAEL!“

Unterstützt wird der Aufruf von der Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC), der palästinensischen Gewerkschaftsföderation (GFTUP), dem palästinensischen NGO Network (PGNO), Badil, den Jugendzentren in den Flüchtlingslagern und verschiedenen Flüchtlings-, Frauen-, Gefangenen- und Behindertenorganisationen.

Unterstützt wird der Aufruf von der Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC), der palästinensischen Gewerkschaftsföderation (GFTUP), dem palästinensischen NGO Network (PGNO), Badil, den Jugendzentren in den Flüchtlingslagern und verschiedenen Flüchtlings-, Frauen-, Gefangenen- und Behindertenorganisationen.

Produkte aus illegalen Siedlungen

Die israelische Friedensorganisation „Gush Shalom“ ruft zum Boykott von Produkten aus den besetzten palästinensischen Gebieten auf, die meist rechtswidrig mit der Bezeichnung „Made in Israel“ vertrieben werden.



Irak: Nicht noch ein Protektorat

Offenbar steht nicht mehr zur Diskussion, ob ein US-geführter Krieg gegen den Irak stattfindet, sondern die Frage ist nur noch wann. Der Ausbau von Militärstützpunkten in verschiedenen Golfstaaten und die Verlegung von Truppen und Militärmaterial in die Region haben bereits begonnen.

Im Golfkrieg 1992 flogen amerikanische, französische und britische Flugzeuge 109 000 Einsätze. Sie warfen 88 000 Tonnen Bomben mit der siebenfachen Sprengkraft der Atombombe von Hiroshima ab. Nach Schätzungen des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark¹ fanden zwischen 100 000 und 150 000 irakische Soldaten und fast ebenso viele Zivilpersonen den Tod. Die US-Streitkräfte setzten alle möglichen Vernichtungswaffen auch gegen zivile Einrichtungen ein, um die Infrastruktur des Landes zu zerstören.

65 Prozent der globalen Erdölvorräte lagern in dieser Region. Die kapitalistische Produktionsweise ist stark vom nicht regenerierbaren Rohstoff Erdöl abhängig, der voraussichtlich in 20 Jahren aufgebraucht sein wird. Dies macht die Region zu einem zentralen strategischen Ziel für die Industrieländer, insbesondere die USA. Die ehemaligen europäischen Kolonialmächte und die USA schrecken deshalb vor keinerlei Mittel zurück, um die Kontrolle über die Golf-Region aufrecht-

zuerhalten. Die Liste der direkten Eingriffe in den letzten 80 Jahren ist lang: Laufend wurden Regimes gestürzt, die sich z.B. getrauten, Ölfirmen zu verstaatlichen. Ab 1980 wurde der Despot Saddam Hussein unterstützt und aufgerüstet, als er einen blutigen Krieg gegen den Iran führte. Das iranische Regime, das nach einem Volksaufstand und dem Sturz des mit den USA verbündeten Schahs an die Macht gekommen war, sollte geschwächt werden. Keine westliche Regierung liess sich durch die Tatsache, dass Saddam Hussein aufständische Kurden mit Chemiewaffen auf Städte bekämpfte, am Waffenexport hindern, und die USA leisteten durch Angriffe auf iranische Schiffe und Ölplattformen sogar direkte Schützenhilfe.



Nach Afghanistan der Irak

Nach den grausamen Attentaten vom 11. September setzt insbesondere die führende Weltmacht direkt auf ihre militärische Überlegenheit. Der Krieg in Afghanistan erinnert in vieler Hinsicht an den Waffengang am Golf von 1992, auch wenn die Kriegsverbrechen noch besser vertuscht werden. Doch im Gegensatz zu 1992 versuchen die USA nun, die von ihnen besetzten Länder durch Einsatz militärischer Mittel direkt politisch zu unterwerfen. In Afghanistan wurde deshalb ein Protektorat errichtet und Regierungschef Karzei durch massiven Druck auf andere Anwärter durchgesetzt. Jetzt kann wieder an der Pipeline für Öl aus Aserbaidschan und für Erdgas aus Turkmenistan gebaut werden. Auch längerfristige Verträge über Militärbasen im Land lassen sich wieder abschliessen. Als nächstes soll also der ehemalige Günstling Saddam Hussein abgesetzt werden. Mit der Durchsetzung von demokratischen Rechten für die Bevölkerung oder gar mit Befreiung vor Unterdrückung hat das nichts zu tun.

Informationen zu Mobilisierungen gegen den Irak-Krieg auf unserer Webseite www.soal.ch.

¹ „Wüstensturm“, Buch von Ramsey Clark über die US-Kriegsverbrechen im Golfkrieg 1992.

Irak-Krieg und ethnische „Säuberungen“ in Palästina

Israels Generalstabchef Jaalon bezeichnete kürzlich in einer öffentlichen Rede die PalästinenserInnen in Israel und den besetzten Gebieten als „Krebsgeschwür“, das durch eine „Chemotherapie“ bekämpft werden sollte. Damit stimmt ein hochrangiger Militär in den Chor jener rechten Minister der Sharon-Peres-Regierung ein, die einen „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung aus Israel und den besetzten Gebieten verlangen. Israelische Zeitungen zitieren einen Plan der Armee, den möglichen Irak-Krieg zur Vertreibung der PalästinenserInnen aus „sensiblen“ Bereichen der Westbank zu nutzen. Laut palästinensischen Menschenrechtsorganisationen sind seit Beginn der Intifada bereits rund 200 000 Menschen aus der Westbank emigriert. Eine Korrespondentin der israelischen Tageszeitung Haaretz geht davon aus, dass allein im August 49 PalästinenserInnen von der israelischen Armee getötet wurden, 30 davon unbewaffnete Erwachsene und Kinder. Nach Schätzung der israelischen Organisation gegen Hauszerstörungen wurden seit Beginn der 2. Intifada über 500 palästinensische Wohnhäuser von Verdächtigen und ihren Familien durch die israelische Armee zerstört. Die Mittel der Besatzungsmacht veranschaulichen, dass schon heute ethnische „Säuberungen“ beabsichtigt sind.

Drittes Sozialistisches Forum

Am 23./24. November organisiert SoAL/Solidarität gemeinsam mit SolidaritéS Genf und Neuchâtel und anderen lokalen Gruppen das dritte Sozialistische Forum. Im Zentrum steht die Frage politischer Organisationsformen in der aktuellen Situation. Am zweiten gemeinsamen Weekend vom 15./16. Juni zum Thema *Wie machen wir eine andere Welt möglich?* berichteten Michael Löwy (LCR Frankreich) und Felice Mometti (Rifondazione, Genua Social Forum in Italien) über die Entwicklung der Kämpfe in Lateinamerika und Italien rund um die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung.

global – neoliberal – scheissegal?

Nicht für uns. Ab der letzten Oktoberwoche veranstalten wir sechs Abende rund um Themen des Europäischen Sozialforums von Florenz (siehe Seite 3).

Für junge Leute und politische QuereinsteigerInnen, die finden, dass etwas faul ist am System; für AktivistInnen, die sich fragen, wie aus der Ablehnung Widerstand und aus dem Widerstand eine gesellschaftliche Alternative entwickelt werden kann. Die Diskussionen können bei Interesse mit einer gemeinsamen Fahrt zum Europäischen Sozialforum in Florenz vom 7.-9. November 2002 kombiniert werden.

Seminar Palästina / Israel

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe *Friede den Menschen auf Erden* gestalten wir am Fr./Sa. 29./30. November in Basel ein Seminar über eine dauerhafte Friedenslösung, Rassismus und koloniale Dominanz mit. Am Seminar werden eine linke Israelin und ein Palästinenser über ihre Ziele diskutieren.

Detaillierte Infos zu allen genannten Veranstaltungen auf Anfrage: soal.solidaritaet@bluemail.ch

Macht mit im Palästina-Komitee Basel

Im März dieses Jahres haben Personen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen das Palästina-Komitee Basel gegründet. Bisher wurden verschiedene Veranstaltungen (Filmabend über die Situation von palästinensischen Frauen, Diskussion zur aktuellen Lage mit Ingrid Jaradat Gassner, Bethlehem, und Shraga Elam, Zürich) und lokale Aktionen (Nakba-Tag, Boykott) durchgeführt. Zudem beteiligt sich das Komitee an der Koordination nationaler Aktivitäten (Demos in Bern und Genf, Friedensmissionen, inhaltlicher Austausch). Das Komitee sucht MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen. Kontakt: pako.bs@bluemail.ch und PC 40-756856-2.

Weitere Aktivitäten: Im Herbst werden wieder gewaltfreie Friedensmissionen in die besetzten Gebiete durchgeführt. Ziel ist, die PalästinenserInnen bei der Olivenernte zu schützen. Am 28. September findet in Marseille im Rahmen der internationalen Boykott-Kampagne gegen Israel eine Demo statt. Im Hafen von Marseille wird ein Grossteil der israelischen Produkte gelöscht. Informationen zu beiden Aktivitäten gibt es beim Palästina-Komitee.

Aktuell im Neuen ISP-Verlag

Gilbert Achcar
Der Schock der Barbarei.
Der 11. September und die neue Weltordnung. € 12.–



Christophe Aguiton
Was bewegt die Kritiker der Globalisierung? Von Attac bis Via Campesina. € 16.80

Karl Grobe-Hagel
Krieg gegen Terror? Al Qaeda, Afghanistan oder der „Kreuzzug“ der USA. € 14.–

